

---

# BERICHT

---

5. Tagung der 13. Synode  
der Evangelischen Kirche in Deutschland  
10. bis 13. November 2024  
in Würzburg

des  
Beteiligungsforums Sexualisierte Gewalt  
der EKD

- es gilt das gesprochene Wort -

## **Sprecher der Betroffenenvertretung im Beteiligungsforum, Herr Detlev Zander:**

Sehr geehrte Frau Präses, hohe Synode, sehr geehrte Betroffene, hier vor Ort und im Stream, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die evangelische Kirche hat ein Problem. Ein Problem mit sexualisierter Gewalt.

Das Problem ist vielschichtig: Externalisierung, Verantwortungsdiffusion, Uneinheitlichkeit, Harmoniezwang.

Es sind gewichtige Probleme, die der Forschungsverbund ForuM für die Evangelische Kirche identifiziert hat. Sie liegen uns seit der Veröffentlichung der ForuM-Studie am 25. Januar schwarz auf weiß vor. Gerne hätte ich Ihnen heute berichtet, dass ForuM alles verändert hat:

Dass ForuM einen Sinneswandel herbeigeführt hat bei den Verantwortlichen in der Evangelischen Kirche und der Diakonie. Dass alle Landeskirchen ihre finanziellen und vor allem ihre personellen Ressourcen aufgestockt haben und wir offene Türen einrennen, wenn wir gemeinsame Standards und Vereinheitlichung fordern.

Was aber ist die bittere Realität? Ja: Es gibt tatsächlich viele Landeskirchen, die ihre Ressourcen aufstocken, die ihre Fachstellen besser ausstatten und wir erleben, dass viele Menschen – innerhalb und außerhalb der Kirche – sich der Thematik mit mehr Interesse zuwenden als zuvor. Doch der große Aufschrei ist ausgeblieben!

Einzelne Fachstellen bestehen weiterhin nur aus einer einzigen Person, nicht jeder Kirchleitende kämpft mit demselben Enthusiasmus:

Die hohen Zahlen, die im Dunkelfeld zu vermuten sind, die Aufdeckung von gravierenden Missständen im Handeln gegen sexualisierte Gewalt - kurz: die Spitze der Spitze des Eisbergs - hat die Kirche nicht in dem Maße erschüttert, wie es nötig wäre.

Es sind nicht wirklich alle Kräfte mobilisiert worden, um entschlossen die Reformvorhaben umzusetzen, die dringend notwendig wären. Hier und heute.

Stattdessen: immer noch Schockstarre und der ständig spürbare Wunsch: Veränderung, ja bitte - aber bitte bloß nicht zu viel.

Ein Beispiel ist die geplante Reform der Anerkennungsverfahren:

Für die zuständige BeFo-AG „Anerkennung“ war der gemeinsame Wunsch von Synode und den Betroffenen und Beauftragen des BeFo im letzten November klar: Es ging darum, einheitliche Regelungen zu Anerkennungsverfahren und Anerkennungsleistungen zu entwickeln.

Die Arbeitsgruppe hat intensiv und mit hoher zeitlicher Kraftanstrengung an einem ersten Entwurf gefeilt. Ausgangspunkte bildeten die Vorschläge, die wir Ihnen im letzten Jahr vorgestellt haben.

Doch als wir im Frühjahr dachten, wir hätten bereits ein tragfähiges Modell erarbeitet, wurden wir schnell eines Besseren belehrt: Zu progressiv, zu viel Geld für zu wenig Tat – so die Einschätzung aus dem Inneren der Kirche.

Die von uns Betroffenen im Beteiligungsforum geforderte Summe zur Anerkennungsleistung und die Idee eines Sockelmodells scheiterte am Widerspruch aus einigen Landeskirchen.

Eine Zerreißprobe für das Beteiligungsforum insgesamt, aber für die Betroffenen im Besonderen.

Wir kennen unzählige Geschichten von den unterschiedlichen Verfahrensweisen, von der Ungleichbehandlung, den unterschiedlichen Zugangswegen, den viel zu geringen Anerkennungszahlungen und den immer noch viel zu hohen Hürden.

Daher war und ist Aufgeben für uns keine Option! Zu wichtig ist uns die Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren.

Dass auch ForuM dies ausdrücklich fordert, hat uns in unserer Arbeit bestätigt. Also haben wir uns erneut zusammengesetzt, alle Kritik aus dem Frühjahr aufgenommen und in langen Sonderrunden verarbeitet.

Herausgekommen ist ein Kombimodell, das sich ganz wesentlich zusammensetzt aus

- einer individuellen Leistung und
- einer pauschalen Leistung in Höhe von 15.000 Euro, die im Falle der gegebenen Strafbarkeit der Tat gezahlt wird.

Die Summe der pauschalen Leistung stellt für uns Betroffene im Beteiligungsforum die absolute Untergrenze dar, um dieser Reform überhaupt zustimmen zu können.

Wir wissen, dass es Betroffene gibt, denen die Summe zu niedrig ist. Wir wissen auch, dass es Personen in der Kirche und Diakonie gibt, denen der Betrag zu hoch ist.

Für uns Betroffene ein hart errungener Kompromiss. Aber ein Kompromiss, den wir tragen können. Auch und besonders, weil für uns die individuelle Leistung einen ganz entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass Betroffene nicht als pauschal abzugeltender Fall gesehen werden, sondern als Menschen mit ihren individuellen Bedürfnissen.

Dazu gehört auch, dass sie persönlich angehört werden. Beurteilt wird nicht nur die Tat selbst, sondern auch deren individuelle Folgen. Leid ist nicht vergleichbar.

Das ist der entscheidende Punkt. Die Reform der Anerkennungsleistung auf die pauschale Leistung zu reduzieren, ist inakzeptabel und wird unseren Ergebnissen nicht gerecht.

Anhaltspunkte für die Zahlungen bilden zunächst Entscheidungen deutscher Zivilgerichte. Es greifen damit externe Kriterien. Hinzu kommt, dass jede betroffene Person sich mithilfe eines einheitlichen Antragsformulars an ihre Anerkennungskommission wenden kann.

Und: Jede betroffene Person hat das Recht auf ein Gespräch und kann das Setting dafür selbst bestimmen.

Kompromisse sind notwendig, um Lösungen und Wege zu finden, die alle mitgehen können und die dann auch schnell umgesetzt werden müssen. Das ist ein maßgeblicher Wunsch von Betroffenen, die Hilfe erwarten – und zwar nicht in 10 Jahren, sondern hier und heute.

Und das ist auch der Grund, weshalb die EKD den Entwurf der Anerkennungsrichtlinie in ein Stellungnahmeverfahren gegeben hat.

Wenn die Anerkennungsrichtlinie im nächsten März dann verabschiedet wird, sind 20 Landeskirchen und ebenso 23 diakonische Landesverbände dazu angehalten, sie umzusetzen. Wir haben die deutliche Erwartung, dass sie das vollumfänglich tun.

Die Einschätzungen aus den Stellungnahmen werden wir mit der derselben Ernsthaftigkeit auswerten, mit der wir auch den vorliegenden Entwurf entwickelt haben.

Angesichts der investierten Arbeit trifft uns der Ton hart und auch mit Unverständnis, mit dem von Seiten der Kirche und Diakonie Kritik an dem Entwurf geübt wird. Wieder hören wir: Zu progressiv, zu teuer.

Wir sagen: Teuer wird es vor allem dann, wenn diese Anerkennungsrichtlinie scheitert!

Teuer wird auch der Schaden sein, der durch den Eindruck entsteht, dass die Landeskirchen und die Diakonie sich – anders als vereinbart – nicht an die Beschlüsse des BeFo halten – gerade wenn es ums Geld geht.

Es ist eine Frage, an der Betroffene bemessen werden, wie gut die evangelische Kirche und die Diakonie zugehört haben in den letzten Jahren. Und ob sie verstanden hat, um was es hier geht.

Anerkennung ist keine reine Frage des Geldes. Sie steht für eine Haltung, die die Kirche nach außen zeigen sollte -- und – lassen Sie es mich so deutlich sagen – auch zeigen *muss*.

Anerkennung zeigt sich auch darin, ob die Kirche den Anstand hat, neue Wege zu bestreiten. Nicht irgendwann, sondern in der Zeit, die wir vereinbart haben. Denn die Uhr tickt.

## **Sprecherin der Betroffenenvertretung, Frau Janz:**

Lange haben wir darauf gewartet - am 08.10. ist endlich die Vernetzungsplattform BeNe online gegangen.

Als wir Ihnen hier vor einem Jahr den Trailer zu BeNe gezeigt haben, einem Ort von Betroffenen für Betroffene, sind wir noch fest davon ausgegangen, dass die Plattform im Frühjahr 2024 an den Start gehen würde.

Doch wir wurden eines Besseren belehrt: Zwar ist es uns gelungen, in einer öffentlichen Ausschreibung bereits im Januar zwei Moderatoren zu gewinnen, doch technische und juristische Herausforderungen haben den geplanten Start um ein halbes Jahr verzögert.

Nun ist BeNe online.

Endlich gibt es eine digitale Plattform für Betroffene von sexualisierter Gewalt, ganz gleich, wo die Tat stattgefunden hat. Vernetzung ist ein wichtiger Baustein, um der Vereinzelung von Betroffenen entgegenzuwirken.

In öffentlichen und moderierten Foren kann sich zu derzeit noch festgelegten Öffnungszeiten ausgetauscht werden: zu Veranstaltungen, internen und externen Unterstützungsangeboten und Themen, die Betroffene beschäftigen.

Ziel ist, dass die Seite sich stetig weiterentwickelt und an die Bedarfe der Nutzer\*innen angepasst wird. So soll es zukünftig auch private Foren geben, in denen sich Betroffene unabhängig von den Öffnungszeiten austauschen können.

Doch derzeit ist BeNe vor allem eine Plattform, auf der öffentlich das Beteiligungsforum und die Betroffenenvertretung im Beteiligungsforum in Frage gestellt wird.

Kritik an der Evangelischen Kirche und Diakonie dürfen und sollen hier ihren Platz finden.

Kritik soll sein, damit wir BeNe besser machen können, dass wir nachsteuern können und auf Bedarfe reagieren können.

Die AG BeNe arbeitet weiter an der Verbesserung der Plattform, von Betroffenen für Betroffene.

Wir stehen für ein Für- und Miteinander, statt einem Gegeneinander.

Gegen sexualisierte Gewalt!

Genau das ist es doch, was uns alle vereinen sollte.

Zur Bildung von Koalitionen, von Allianzen, denen es wichtig ist, dass endlich etwas in Gang gesetzt wird; dass mit Vehemenz dafür gestritten wird, dass Kirche den dringend notwendigen Veränderungsprozess in Gang setzt.

Ja, das Beteiligungsforum ist der Weg, den wir als Mitglieder gewählt haben.

Dass es daneben weitere Wege gibt, seine Meinung und Forderungen laut werden zu lassen, ist nicht nur legitim, sondern sogar unbedingt notwendig und wichtig!

Es braucht Druck von allen Seiten für dasselbe Ziel. Wir sind müde, zu meinen, uns gegenseitig immer wieder aufrütteln zu müssen.

Was wir wollen, sind Lösungen!

Lösungen, die nicht ausschließlich das Beteiligungsforum finden kann, sondern die auch die Landeskirchen finden müssen – u.a. zu den Themen, die wir im Beteiligungsforum im Rahmen des Maßnahmenplans zur ForuM-Studie erarbeitet haben.

Allerdings nicht durch Übersprungshandlungen, die die Überforderung der Kirche zur Schau stellen.

Nein, wir erwarten, dass Lösungen, die im Beteiligungsforum unter Mitwirkung von Betroffenen erdacht wurden, auch umgesetzt werden, so wie die Leitungsgremien es sich zu eigen gemacht haben.

Und das ist wirklich das Mindeste.

Wir im Beteiligungsforum engagieren uns, weil wir der Überzeugung sind, dass angesichts der föderalen Strukturen nur der Dialog zu Lösungen führt.

Kompromisse fallen nun mal nicht vom Himmel, auch nicht im Beteiligungsforum: Es braucht Herzblut, Streitbarkeit, Tage und Nächte, in denen wir über Dokumenten brüten und das zähe und zermürende Ringen um die bestmögliche Lösung in dem Wissen, dass es niemals ein Optimum geben wird – weder für Betroffene, noch für kirchlich-diakonische Beauftragte.

Kompromisse zu erwirken, bedeutet auch, ein ständiges Spannungsverhältnis auszuhalten.

Wenn wir aufhören, innerhalb des Beteiligungsforums Kompromisse zu suchen und uns darauf einzulassen, wird unsere Arbeit infrage gestellt:

Während uns die einen permanent vorwerfen, wir würden zu wenig machen, uns von der Kirche instrumentalisieren lassen oder den Kopf einziehen und höchstens unsere eigenen Interessen vertreten,

werfen uns die anderen zunehmend vor, wir wollten die Kirche mit unseren Beschlüssen finanziell aushöhlen und strukturell zerstören.

Unsere Arbeit ist ein Spagat.

Der uns viel Kraft kostet, der Ärger und Grollen mit sich bringt.

Diesen Spagat machen wir, weil es Lösungen braucht.

Aus unserer Sicht können wir Ergebnisse nur erreichen, wenn wir lösungsorientiert sind. Wir können nicht immer und in allen Forderungen 100 Prozent erreichen, dafür sind es doch manchmal 90 Prozent und manchmal auch zunächst noch weniger.

Alles ist mehr als nichts, auch wenn wir uns nicht zufrieden geben mit zu wenig. Auch das ein Spagat, was ist wenig, was ist viel und woran wird das Ergebnis gemessen? Und wer misst?

Wir im Beteiligungsforum wollen viel, wir suchen nach Lösungen und der Spagat bleibt. Die Betroffenen sagen zurecht, es muss mehr sein und sie müssen weiterhin Forderungen stellen! Doch Kirche und Diakonie dürfen nicht immer wieder in Frage stellen, was wir im Beteiligungsforum hart erarbeiten.

Wir erwarten, dass Sie uns unterstützen! Sie wollten das Beteiligungsforum. Hier sind wir und wir arbeiten unermüdlich an Ergebnissen, an Lösungen, die doch immer nur ein Kompromiss bleiben werden.

Dennoch lohnt es sich, sich immer wieder zu motivieren und für die Rechte von Betroffenen zu kämpfen.

Und das werden wir auch weiterhin tun!



## **Sprecherin der Beauftragten, Frau Wüst:**

Meine Aufgabe ist es nun, Sie zu informieren über die Entwicklungen in Sachen Unabhängige Regionale Aufarbeitungskommissionen.

Wir erinnern uns: Im vergangenen Dezember wurde von EKD, Diakonie Deutschland und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kerstin Claus, die so genannte „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet.

Seitdem läuft der Prozess der Umsetzung mit dem Ziel, dass im Frühjahr 2025 alle neun Kommissionen ihre Arbeit aufnehmen.

Auf der EKD-Synode im vergangenen Jahr haben wir dringlich darum gebeten, dass Landeskirchen und Landesverbände der Diakonie die Standards der Gemeinsamen Erklärung einheitlich und zügig umsetzen. Das ist auch weitestgehend geschehen und bisher ist davon auszugehen, dass das Zeitziel realistisch bleibt.

Neben der Gegenzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ in den jeweiligen Verbänden gehört zur derzeitigen Aufgabe die Besetzung von Geschäftsführungen für die Kommissionen,

die Verständigung über Kommissionsmitglieder aus dem kirchlich-diakonischen Kontext sowie die Benennung von unabhängigen und externen Expert\*innen durch die jeweiligen Landesregierungen.

Ein deutlicher Schwerpunkt liegt auf der Gewinnung von betroffenen Personen für die Mitarbeit. Dazu wurden in den Verbänden Foren für Betroffene ausgerichtet, denen Workshops folgen – mit eingehender Information zur Arbeit der URAKs.

Es werden sich Betroffenenvertretungen gründen, aus denen dann die Menschen entsandt werden, die in der Kommission mitarbeiten werden. Erst wenn alle Personen benannt sind, kann gemäß der „Gemeinsamen Erklärung“ die Arbeit der URAK beginnen.

Das Beteiligungsforum begleitet diesen Weg aufmerksam, kritisch-konstruktiv und mit der klaren Erwartungshaltung, dass es an keiner Stelle nennenswerte Verzögerungen oder Abweichungen geben wird.

Denn auch hier gilt, was für unsere ganze Arbeit gilt: All das, was im Beteiligungsforum überlegt, geplant, beraten und beschlossen wird, trägt nur dann etwas aus, wenn es im gesamten Raum von Kirche und Diakonie ernst genommen wird. Mag sein, dass wir als Kirche und Diakonie unterschiedliche und komplexe Strukturen haben, aber das hindert uns nicht an einer gemeinsamen Haltung. Und die ist sehr klar und gar nicht komplex: Das Interesse der Institution liegt nicht auf dem Selbstschutz, sondern auf dem Schutz von Menschen.

Das Thema „sexualisierte Gewalt“ lässt sich nicht delegieren und von wenigen „erledigen“, sondern betrifft alle und verpflichtet überall zu verändertem Bewusstsein und konsequentem Handeln. Und: Es gibt keinen angemessenen Umgang mit dem Thema ohne die Beteiligung betroffener Menschen!

Sie, von denen viele heute auch hier sind, erwarten von uns zu Recht, dass wir so sorgfältig wie nötig und so zügig wie möglich zu Ergebnissen kommen, die sichtbar etwas austragen für die, denen Unrecht angetan worden ist. Sie erwarten zurecht, dass wir Maßnahmen treffen, die neues Unrecht verhindern können.

Kurz: Sie erwarten zurecht, dass wir die Ergebnisse der ForuM-Studie verstanden haben und die Empfehlungen umsetzen. Das ist die große Linie, die jetzt ohne Wenn und Aber dran ist, wenn es für Betroffene glaubhaft und spürbar sein soll, dass wir begriffen haben und bereit sind, zu unserer Verantwortung zu stehen.

Das Beteiligungsforum hat die Rolle, die uns durch Synode, Kirchenkonferenz und Rat klar und eindeutig zugewiesen worden ist, angenommen und wir engagieren uns mit hohem Einsatz klarem Ziel vor Augen. Wir diskutieren hart an der Sache, sind uns beileibe nicht immer einig, ringen zähneknirschend um Kompromisse, halten einander manchmal nur schwer aus, aber suchen immer wieder nach konstruktiven Lösungen. Die Arbeit kostet Kraft.

Das ist auszuhalten, wenn die Arbeit etwas austrägt, wenn sie etwas anstößt und in Bewegung bringt.

Dass sie das tut, hat nicht mehr das Beteiligungsforum in der Hand. Da sind dann 20 Landeskirchen und 23 diakonische Landesverbände am Zug, um dafür Sorge zu tragen, dass es am Ende nicht 43 verschiedene Modelle für Anerkennung und Aufarbeitung gibt, sondern einheitliche und verlässliche Standards in Nord und Süd, in Ost und West.

Das ist die Aufgabe. Oder doch wenigstens ein Teil davon – nicht nur für das Beteiligungsforum, sondern eben für uns alle, die wir Verantwortung tragen in Kirche. Dass wir diese Aufgabe gründlich machen, sind wir den Betroffenen schuldig und all den Menschen, die das von uns erwarten. Im Beteiligungsforum und den Beteiligungsmöglichkeiten betroffener Menschen nun eben zum Beispiel auch in den URAKs liegt unsere Chance, uns immer wieder von Betroffenen prüfen und anfragen zu lassen, ihre Perspektive und Expertise endlich ernst zu nehmen. Und einen anderen Weg gibt es nicht, wenn wir nicht wieder in die Fallen tappen wollen, die uns die ForuM-Studie so schmerzhaft und entlarvend aufgezeigt hat. Einen anderen Weg gibt es nicht, wenn wir wirklich einen Kulturwandel wollen. Und das ist die Frage, auf die man von uns als Kirche und Diakonie ein

deutliches und aufrichtiges „Ja“ hören und spüren muss: Wollen wir einen Kulturwandel und sind wir bereit, das dafür zu tun, was notwendig ist?

Vielen Dank!